

Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 2. November 2011

1358. Interpellation von Claudia Rabelbauer-Pfiffner betreffend Stadtpolizei Zürich, Personalsituation und Umsetzung von Stapo 200X. Am 11. Mai 2011 reichte Gemeinderätin Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) folgende Interpellation, GR Nr. 2011/147 ein:

Auf Grund des im April 2011 durchgeführten Bussen-Streiks sowie diversen weiteren Unmutsbezeugungen seitens des Polizeikorps stellen sich verschiedene Fragen bezüglich der Arbeitssituation und Zufriedenheit bei der Stadtpolizei. Die «geplante» Umsetzung von Stapo 200x, welche bis März 2006 hätte umgesetzt werden sollen, hat noch nicht stattgefunden. Das eigentliche Ziel, eine gut funktionierende Polizei und zufriedene Mitarbeitende, konnte offensichtlich noch nicht realisiert werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Zwischenzeugnisse mussten in den vergangenen zehn Jahren (inkl. 2011) ausgestellt werden?
2. Wie viele Kündigungen erfolgten im gleichen Zeitraum?
3. Ist generell eine Steigerung der Kündigungen gegenüber der Zeit vor 2000 festzustellen?
4. Sind vermehrt Kündigungen von jungen Polizistinnen und Polizisten festzustellen?
5. War in den letzten Jahren eine Zunahme der Burnouts oder Arbeitsniederlegungen auf Grund von Stresserscheinungen festzustellen?
6. In welchen Arbeitsbereichen und (Lohn-)Stufen waren allfällige Zunahmen festzustellen?
7. Wurden in den vergangenen zehn Jahren Konventionalstrafen oder Abgangsentschädigungen ausgerichtet?
8. Wer ist als Projektleiter für die Planung Stapo 200x zuständig und wer ist verantwortlich für die Umsetzung?
9. Gibt es in diesem Zusammenhang evtl. Interessenskonflikte?
10. Wann darf mit der endgültigen Konsolidierung des Prozesses 200x gerechnet werden?
11. Wie hat sich die Anzahl Mitarbeitende ab Lohnstufe 13 seit Stapo 200x verändert?
12. Wie stellt sich der Stadtrat zu den häufig erhobenen Vorwürfen, dass die Abläufe an der Front mit diversen Projekten, Pilotprojekten, Aktionen, Aufgeboten und administrativen Aufwendungen so überhäuft werden, so dass das daily business stark darunter leidet?
13. Aus welchen Bereichen könnten personelle Ressourcen geschöpft werden? Ist evtl. auch eine Reduktion von Kaderstellen mit wenigen oder keinen Mitarbeitenden denkbar?
14. Könnte durch die Schaffung von mehr Assistenzstellen das Frontpersonal nachhaltig entlastet werden?

Auf Antrag des Vorstehers des Polizeidepartements beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: Im Anschluss an die Abtretung von 168 Stellen an die Kantonspolizei per 1. Januar 2001 (Urban Kapo) musste die Stadtpolizei neu strukturiert werden. Die neue Struktur wurde im Rahmen des Projekts Stapo 200X erarbeitet. Die neuen Abteilungen wurden in Anlehnung an die neu definierten Geschäftsfelder geschaffen. Der grösste Teil wurde per 1. April 2003 umgesetzt. Mit der Professionalisierung der Interventionseinheit bzw. der Schaffung der Abteilung Spezial wurde die Umsetzung im Jahr 2006 abgeschlossen.

Die Konsolidierung eines derart grossen Veränderungsprozesses benötigt eine gewisse Zeit. Zu schliessen, dass das Projekt Stapo 200X seine Ziele, wie beispielsweise eine gut funktionierende Polizei sowie zufriedene Mitarbeitende, verfehlt hat, entspricht nicht der Realität.

Der angeführte Bussenstreik hat keinen Bezug zur Struktur Stapo 200X. Er entstand aus

einer Summe verschiedener Faktoren, wie z. B. die Überlastung des Personals durch viele Extraaufgebote an Wochenenden, die Belastung durch die so genannte 24-Stunden-Gesellschaft, die vom Gemeinderat mehrfach zurückgestellte Aufstockung des Polizeikorps, die Zunahme von administrativen Tätigkeiten sowie die allgemeine Unzufriedenheit durch die Sparopfer, welche das städtische Personal als Folge der Budgetkürzungen zu erleiden hatte.

Hinweis: Entsprechend der Zielrichtung der Interpellation beziehen sich die nachfolgenden Zahlen nur auf die so genannten Korpsangehörigen. Die Zivilangestellten sind nicht mitgezählt.

Zu Frage 1: In den letzten Jahren wurde folgende Anzahl an Zwischenzeugnissen ausgestellt:

2011: 34 (bis Ende September)

2010: 23

2009: 18

2008: 16

Über die Anzahl der Zwischenzeugnisse der Jahre 2001 bis 2007 wurde keine separate Statistik geführt.

Der Personaldienst der Stadtpolizei stellt aus folgenden Gründen Zwischenzeugnisse aus: Wechsel des Vorgesetzten; Wechsel der Arbeitsstelle innerhalb der Stadtpolizei aufgrund einer Versetzung oder Laufbahn-Entwicklungsmassnahme; Grundlage für Teilnahme an externen Weiterbildungen; generell auf Wunsch der Mitarbeitenden. Demografische Entwicklungen (z. B. eine Massierung von in Rente gehenden Vorgesetzten) können zu einer unverhältnismässigen Zunahme von auszustellenden Zeugnissen führen, ohne dass Mitarbeitende Kündigungsabsichten hegen. Die Anzahl ausgestellter Zwischenzeugnisse hat deshalb kaum Relevanz oder Aussagekraft bezüglich allfälligen Kündigungs- oder Veränderungsabsichten von Mitarbeitenden.

Zu den Fragen 2 und 3: Der jährliche Durchschnitt der Anzahl Kündigungen liegt in den vergangenen 10 Jahren bei rund 29 Kündigungen pro Jahr. Es ist keine markante Steigerung der Kündigungen in den letzten Jahren festzustellen.

2011: 19 (bis Ende September) 2005: 21

2010: 31 2004: 14

2009: 26 2003: 30

2008: 24 2002: 50

2007: 28 2001: 44

2006: 18

Zu Frage 4: Ja, es sind vermehrt Kündigungen von jungen Polizistinnen und Polizisten festzustellen.

Zu den Fragen 5 und 6: Abwesenheiten, welche durch psychische Diagnosen begründet sind und länger als 3 Wochen andauern, verzeichnen eine zunehmende Tendenz. Sie zeigt sich bei den Kaderfunktionen und höheren Funktionsstufen. Die Zunahme von psychischen Erkrankungen ist ein allgemein gesellschaftliches Phänomen, welches auch in anderen Branchen festzustellen ist.

Zu Frage 7: Nein, in den letzten 10 Jahren wurden keine Konventionalstrafen oder Abgangsentschädigungen ausgerichtet.

Zu den Fragen 8 und 9: Der damalige Chef Rechtsdienst der Stadtpolizei wurde per 1. Mai

2002 zum vollamtlichen Projektleiter Stapo 200X ernannt. Auf den Umsetzungszeitpunkt vom 1. April 2003 hin übernahm er die Leitung einer Abteilung. Für die spätere Umsetzung war der Kommandant der Stadtpolizei verantwortlich. In diesem Zusammenhang bestehen keine Interessenskonflikte.

Zu Frage 10: Die organisatorische Umsetzung des Projekts Stapo 200X wurde 2006 abgeschlossen. Wie bei jedem Change-Prozess benötigt die Konsolidierung eine gewisse Zeit.

Zu Frage 11: Vor der Einführung von Stapo 200X verfügte die Stadtpolizei über 49 Stellen der Funktionsstufe 13 und höher. Aktuell (2011) sind es 54 Stellen. 2 Stellen der Funktionsstufe 12 wurden neu bewertet und im Einvernehmen mit Human Resources Zürich in die Funktionsstufe 13 angehoben. 3 Stellen der Funktionsstufe 13 wurden neu geschaffen und mit bisherigen Korpsangehörigen besetzt.

Zu Frage 12: Die Beanspruchung der Frontmannschaft hat hauptsächlich wegen der häufigen Ordnungsdiensteinsätze und der Auswirkungen der 24-Stunden-Gesellschaft ein bedenkliches Ausmass angenommen. Die Anforderungen an die Rapportierung sind gestiegen. Massnahmen zur Reduktion des administrativen Aufwands wurden teilweise bereits umgesetzt. Notwendige grössere Projekte, wie z.B. das für die Prozessoptimierung und somit Effizienzsteigerung wichtige Projekt KALA, benötigen personelle Ressourcen. Das Tagesgeschäft leidet jedoch nicht unter einem solchen Projekt.

Zu Frage 13: Personelle Ressourcen könnten nur dann freigemacht werden, wenn die Stadtpolizei auf das Erbringen von Leistungen in verschiedensten Bereichen verzichtet. Auf Kaderstellen kann nicht einfach verzichtet werden. Diese sind durch neu entstandene Aufgaben voll ausgelastet. Als Beispiel können etwa die Juristinnen und Juristen des Rechtsdienstes der Stadtpolizei genannt werden, welche durch die neu entstandene Datenschutzgesetzgebung einen ausserordentlichen Arbeitsanfall zu bewältigen haben.

Zu Frage 14: Der Polizeiliche Assistenzdienst (PDA) unterstützt die Frontmannschaft bereits heute in vielen Belangen. Das Hauptproblem bei der Stadtpolizei Zürich ist jedoch der Mangel an bewaffneten Frontkräften für den unfriedlichen Ordnungsdienst, das Durchführen von Fusspatrouillen und für Nachteinsätze.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Ralph Kühne